

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

**BMASK 1010 Wien, Stubenring1,
16.02.2011 09:30 bis 12:30 Uhr**

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze
Silvia Weissenberg

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Karl Garnitschnig

VertreterIn aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

entschuldigt

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula Naue

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Ruth Renée Kurz
Martin Ladstätter
Heinz Trompisch
Markus Wolf

BMASK:

Wolfgang Iser
Waltraud Palank-Ennsman

BSB:

Silvia Kutrowatz

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters der Entwurf der Stellungnahme und Presseausendung zum Schadenersatzrechts-Änderungsgesetz 2011, Entwürfe zu den Stellungnahmen „Gewalt“, „Assistive Technologien“, „Arbeit“ und „Persönliche Assistenz“ sowie Empfehlungen zum Nationalen Aktionsplan.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokoll vom 18. Jänner 2011

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen.

3. Begutachtung Schadenersatzrechtsänderungsgesetz

Die von der Vorsitzenden entworfene Stellungnahme wird diskutiert. Nach Einarbeitung der Änderungen wird die Stellungnahme nochmals in den Umlauf gebracht werden, dies gilt auch für den Entwurf einer Presse-Aussendung zum SchRÄG. Es wird vereinbart, beide Dokumente möglichst rasch zu versenden.

4. Stellungnahmen

a. Gewalt

Die von den Mitgliedern vorgeschlagenen Änderungen werden diskutiert; die Vorsitzende wird die Ergänzungen einarbeiten und neuerlich in den Umlauf bringen. Die Stellungnahme soll bis 25.02. fertiggestellt sein. Vereinbart wird, in der ersten Märzwoche eine Presseaussendung herauszugeben, deren Entwurf ebenfalls in den Umlauf gebracht werden soll.

Die Behandlung der Stellungnahmen Arbeit und Assistive Technologien wird auf die nächste Sitzung vertagt.

5. Öffentliche Sitzung April – Thema & Punktion

Herr Ladstätter erläutert den Entwurf einer Stellungnahme zur persönlichen Assistenz. Die Vorsitzende regt an, die praktischen Erfahrungen im Beitrag für die öffentliche Sitzung in den Vordergrund zu stellen (was funktioniert gut, welche Erfahrungen mit persönlicher Assistenz in den verschiedenen Lebensbereichen gibt es, wo ist Handlungsbedarf?). Frau Meierschitz weist darauf hin, dass die persönliche Assistenz für Menschen mit Lernschwierigkeiten und psychischen Behinderungen nicht außer Acht gelassen werden darf. Die Vorsitzende wird einen Entwurf für die öffentliche Sitzung erarbeiten.

6. Follow-up Stellungnahmen, Kindergartenpflicht & Bildung

Die Vorsitzende berichtet, dass ein Gespräch mit dem BMUKK auf Sektionsebene zum Thema schulische Integration geplant ist. In weiterer Folge ist beabsichtigt, mit dem BMWFJ zur Frage der Kindergartenpflicht in einen Dialog zu treten.

7. Kick-Off-Veranstaltung zum Nationalen Aktionsplan

Es erfolgt eine Rückschau auf die Veranstaltung am 15.2.2011. Festgestellt wird, dass die NGOs und SelbstvertreterInnen sich stark eingebracht haben, und der Wunsch nach Partizipation deutlich wurde.

8. Bericht Gespräch Bundesbehindertenanwalt

Der Gesprächstermin hat am 2. Februar 2011 stattgefunden. Schwerpunkte waren die Evaluierung des Behindertengleichstellungsrechtes und der Nationale Aktionsplan (Kick-Off-Veranstaltung).

9. Termine nächste Sitzungen

Do. 17.03.2011, 09.30 bis 12.30 Saal III im BMASK

Do. 28.04.2011, 13.00 bis 16.00 Uhr, Öffentliche Sitzung, Innsbruck

10. Allfälliges

Auf Anfrage von Frau Kurz berichtet Herr Ladstätter, dass das Monitoringorgan in Wien noch nicht bestellt wurde.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)